



LINKE beantragt vertiefte Überprüfung der Vonovia

von Maximilian Kretzschmar

Das Verhalten der Vonovia stößt auf immer deutlichere Kritik. Viele Mieterinnen und Mieter beklagen sich deutschlandweit massiv über den Wohnungskonzern – auch in Dresden. So werden immer wieder umstrittene Mieterhöhungen, die fehlerhafte Einordnung in höherwertige Wohnlagen sowie drastische Erhöhungen von Betriebskosten beklagt. Wer sich darüber beschweren will, ein Anliegen hat oder einfach etwas klären möchte, wird häufig hingehalten. LINKE-Stadträtin Pia Barkow, die auch Mitglied im Ausschuss für Soziales und Wohnen ist, sagt dazu: „Immer öfter kommen Mieterinnen und Mieter auf uns zu und berichten von Problemen mit der Vonovia. In Sprechstunden und an Infoständen ist es mittlerweile das mit Abstand am häufigsten genannte Thema.“

„Wohnungskonzern presst Mieter aus wie eine Zitrone“

DIE LINKE meint zu derartigen Geschäftspraktiken: So geht es nicht. Deshalb hat sie einen Antrag zum Thema „Vonovia kontrollieren - Verstöße ahnden - Mieterinnen und Mieter schützen“ an den Stadtrat gestellt. Darin schlägt die Fraktion vor, unverzüglich eine vertiefte Überprüfung der Vonovia durch die Behörden durchführen zu lassen. Dabei soll zum Beispiel geprüft werden, ob und inwieweit Betriebskosten überhöht abgerechnet oder Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung, die falsche Ausstattungsklasseneinordnung oder die Überschreitung rechtlich zulässiger Mieterhöhungen. Sollte das zutreffen,

müssen unverzüglich rechtliche Schritte gegen den Wohnungskonzern eingeleitet werden. Zudem schlägt die Fraktion vor, alle durch die Sozialcharta geschützten Mieterinnen und Mieter sowie den Mieterverein Dresden und Umgebung e. V. in die vertiefte Prüfung einzubeziehen. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sagt dazu: „Der Wohnungskonzern presst die Mieterinnen und Mieter aus wie eine Zitrone. Es wird Zeit, dass diese Geschäftspraktiken einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Die betroffenen Mieterinnen und Mieter dürfen mit den Problemen nicht allein gelassen werden.“ Die Landeshauptstadt Dresden befinde sich in einer stärkeren Position als der einzelne Bürger. Stadtrat Tilo Wirtz ergänzt: „Die Stadt darf sich beim Abkassieren der Mieterinnen und Mieter nicht zur Komplizin machen, sondern muss dem Konzern gründlich auf die Finger sehen und ihm notfalls auch in den Arm fallen.“

Aktuelle Stunde zu Geschäftspraktiken der Vonovia

Weiterhin hat DIE LINKE eine Aktuelle Stunde des Dresdner Stadtrates zu diesem Thema beantragt. Diese ist öffentlich und findet am Donnerstag, dem 14. Februar 2019, um 16:00 Uhr im Plenarsaal des Rathauses statt. Fraktionsvorsitzender André Schollbach ruft betroffene Mieterinnen und Mieter zur Teilnahme auf: „Kommen Sie ins Rathaus, zeigen Sie, dass Sie nicht einverstanden sind mit dem Geschäftsgebaren der Vonovia. Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für eine stärkere Kontrolle des Wohnungsunternehmens und damit für einen besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter ein!“

Vonovia kontrollieren. Mieter schützen.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

14. Februar

Aktuelle Stunde im Dresdner Stadtrat
16 Uhr, Rathaus, Plenarsaal

#staddrat

Stadtrat im Livestream

Alle Sitzungen des Dresdner Stadtrates können im Internet via Livestream verfolgt werden: www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php
Wer nicht live dabei sein kann, hat auch später die Möglichkeit, den aufgezeichneten Mitschnitt unter diesem Link abzurufen.
Gezwitschert wird übrigens unter dem Hashtag #staddrat bei Twitter.



Unser Newsletter **DRUCKsache** aus der Stadtratssitzung am 24.01.2019
abrufbar im Internet unter: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2

www.linke-fraktion-dresden.de

Kippt Dresden?

In der heutigen Sitzung sollte es eine Richtungsentscheidung geben – es ging um millionenschwere Kürzungen im Sozialbereich durch die neue rechte Mehrheit im Stadtrat.

Ein rot-grün-roter Antrag sollte die Förderung etlicher in den letzten Jahren begonnener sozialer und kultureller Projekte sichern: Hebammen, Streetworker, Nachtcafés für Obdachlose, Kinder- und Jugendtreffs, Projekte wie Leih-Omas, die „Väter-App“, Projekte gegen Gewalt in Partnerschaften, die Straßenschule der Treberhilfe, die Gleichstellungsarbeit des Gerede e. V., das Projekt „Zuhause in Prohlis“ und viele mehr. Etliche dieser Projekte stehen bei Ablehnung des Antrages vor dem Aus. Die rechte Seite hatte eine Ablehnung bereits angekündigt. Doch dazu kam es nicht. Nicht einmal in Hinblick auf die Dringlichkeit des Antrags hatten CDU, AfD, Bürgerfraktion und FDP ein Einsehen, lehnten es ab, den Antrag heute noch zu beraten. Konsequenz: die vielen Projekte dürfen weiter bangen, um dann beim nächsten Mal eiskalt begraben zu werden. Vor der Stadtratssitzung hatten indes hunderte Menschen dafür demonstriert, diese Förderungen zu erhalten, gewarnt davor, dass Dresden bald mit einer schwarz-blauen Ratsmehrheit aufwacht. Wir sagen „Danke“ an alle, die heute vor dem Stadtrat klar gemacht haben, dass Dresden weiterhin eine sozial gerechte Stadt bleiben soll! Sollte Dresden am 26. Mai nach rechts kippen, dann ist dieses Schauspiel nur ein leiser Vorgeschmack auf das, was kommt.



~~Radweg~~ Albertstraße

„Die 80er haben angerufen. Sie wollen ihre Verkehrsplanung zurück.“ In einer Zeit, in der überall in Europa der Radverkehr und der ÖPNV an Bedeutung gewinnen, steckt die rechte Seite des Stadtrats den Kopf in den Sand und möchte eine der wichtigsten

Radverkehrsstrecken Dresdens als vierspurige Automagistrale erhalten. Gegen jede Vernunft. Die Planungen für eine Albertstraße mit drei Autospuren und beidseitigen Radspuren sind abgeschlossen. Und das, obwohl die Anzahl der Autos auch nur zwei Spuren rechtfertigen würde. Die Umgestaltung hätte in einigen

Wochen beginnen können. Die Baumaßnahme wäre zu 90 % gefördert worden. All das wurde weggeworfen von den Dinosaurier-Fraktionen für eine ideologisch motivierte Verkehrsplanung aus den 80er Jahren. Dieser Beschluss, den geplanten Radstreifen rückabzuwickeln, ist nachteilig für die Stadt und deshalb rechtlich angreifbar!

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Dr. Martin Schulte-Wissermann, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Maximilian Kretzschmar
Fotos: Maximilian Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Luftreinhalteplan beschlossen

Zwei Tagesordnungspunkte wurden in der Stadtratssitzung am 24. Januar beschlossen: Saubere Luft für Dresden gehörte dazu.

von Dr. Martin Schulte-Wissermann

Auf der letzten Stadtratssitzung wurde trotz jetzt unklarer Mehrheitsverhältnisse die unter Federführung von LINKE, Grünen, SPD und Piraten erarbeitete Neufassung des Luftreinhalteplans beschlossen. Damit hat Dresden nun wieder ein aktuelles Maßnahmenpaket, mit dem es glaubhaft machen kann, dass die Luftqualität besser wird. Dies ist zum einen wichtig, da ein aktueller Luftreinhalteplan gesetzlich vorgeschrieben ist (§47 BImSchG) – wäre der Plan nicht beschlossen worden, so hätten Dresden Sanktionen gedroht.

Aber mindestens genauso wichtig wie der Luftreinhalteplan selbst, sind die Mittel (Maßnahmen) mit denen die Luft sauberer gemacht werden soll. Im Kern zielt alles darauf ab, weniger fossile Brennstoffe zu verwenden, die Umwelt zu schonen und verstärkt auf regenerative Ressourcen zu verbrauchen.

Und so enthält der Plan insgesamt 51 Maßnahmen, die den Fuß- und Radverkehr stärken, für mehr Grün in der Stadt sorgen und Bus und Bahn verbessern. Selbst für die Autofahrenden ist der Plan gut – geht er auf, so bleibt Dresden eine der ganz wenigen Städte ohne Fahrverbote. Und das ist in diesen Zeiten schon was.



Ich hasse Fahrverbote, denn sie treffen diejenigen am härtesten, die auf ein Auto angewiesen sind. Glücklicherweise wird aber momentan und in der Zukunft seitens des Bundes einiges Geld bereitgestellt, welches der Stadt Dresden auf dem Weg zu sauberer Luft ohne Fahrverbote helfen kann.

Die Freude wäre ungetrübt, wenn nicht die CDU mit ihren Vasallen im anschließenden Tagesordnungspunkt gleich eine Maßnahme aus dem Luftreinhalteplan geerdet hätten. So sah Maßnahme 9 vor, die Albertstraße um Radstreifen zu ergänzen. Das ist hier problemlos möglich, der Bau hätte im Frühjahr beginnen können, Dresden hätte dafür lediglich ca. 65.000 Euro bezahlt – ein riesiger Qualitätssprung hätte dieser Lückenschluss für den Radverkehr zwischen der Neustadt/Klotzsche und der Altstadt/Plauen bedeutet. Hätte, hätte – nun muss Dresden wohl 75.000 Euro an Schadensersatz an die Baufirmen zahlen und die Radfahrer den kollidieren weiter auf der Hauptstraße mit den einkaufenden Menschen. Das absurdeste an dieser Entscheidung aber ist, dass nun Fahrverbote in Dresden wahrscheinlicher werden. Ein Bären dienst für Rad und Auto. DIE LINKE und die Piraten werden weiter standhaft dafür eintreten, dass Bahn-, Rad- und Fußverkehr deutlich gestärkt und Dresden noch lebenswerter und schöner wird. Dazu muss der Luftreinhalteplan in den nächsten Jahren konsequent umgesetzt und nicht weiter verwässert werden. Am 26. Mai werden bei den Kommunalwahlen dazu die Weichen gestellt.

LINKE setzt sich für Skate-Bahn ein

Rigoros plattgemacht wurde im Herbst 2018 die Skateanlage auf der Brache des ehemaligen Betonwerks Johannstadt: Doch begraben ist der Wunsch nach einem Skatepark damit nicht.

Bis zum 11. November 2018 gab es auf einer Brachfläche an der Trinitatiskirche einen Skatepark mit Mountainbike-Fahrgelände und Graffitiflächen. Dieser befand sich auf einer privaten Brachfläche und war von Anfang an nur eine Interimslösung. Die Anlage wurde von Jugendlichen sowohl aus der nördlichen und südlichen Johannstadt als auch aus weiter entfernten Gebieten der Stadt sehr intensiv und gern genutzt. Sie stellte damit einen beliebten Treffpunkt von Jugendlichen dar.

Im November letzten Jahres wurde der Skatepark nun vom Eigentümer des Grundstücks abgerissen. Da es in diesem Bereich Dresdens viele Familien mit Kindern gibt, reißt der Wegfall dieses Platzes eine große Lücke in die unbegleiteten Freizeitangebote für Jugendliche.

Rechtzeitig kümmerte sich LINKE-Stadträtin Rica Gottwald, zu deren Wahlkreis die Dresdner Johannstadt gehört, um die Probleme der Skaterinnen und Skater

und suchte nach Lösungswegen: „Der Abriss des von Jugendlichen selbstgebauten Skateparks durch den Grundstückseigentümer hat mich sehr geärgert. Umso wichtiger ist es, jetzt einen neuen Standort zu finden. Eine Skateanlage im Gebiet der Johannstadt ist ein Zugewinn an Lebensqualität für junge Leute im Stadtteil. Jugendliche brauchen Freiräume, die sie selbst nach ihren Bedürfnissen mitentwickeln können. Nutzen wir doch einfach ihre Ideen und ihren Elan!“

DIE LINKE Fraktion brachte deshalb zeitnah einen Antrag für die Einrichtung einer Skateanlage in der Johannstadt ein. Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden, zu prüfen, wo in der Johannstadt dauerhaft ein Skaterpark errichtet werden kann.

Weiterhin soll es beispielsweise eine Zukunftswerkstatt geben, um Jugendliche und ansässige Vereine in die Planungen mit einzubeziehen.



Foto: v.l.n.r.: Martin Bertelmann (Skater), Rica Gottwald (LINKE-Stadträtin der Altstadt) verdeckt: Thorsten Deigweier (Sozialarbeiter der Treberhilfe), Uwe Joschke (Vater aus der Johannstadt (Sohn ist Jung-Skater) - Initiator) stehend: Sebastian Linda (Skaterverein two for eight wheels e.V., Künstler und Filmemacher)
Foto: Maximilian Kretschmar

Sondersitzung des Stadtrates findet am 08. Februar statt

Die Fraktionen von LINKEN, Grünen und SPD haben eine Sondersitzung des Stadtrates beantragt, um die Behandlung ihres Antrags zur Finanzierung von Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturaufgaben zu erreichen. Der Stadtrat muss nun gemäß § 36 Abs. 3 Satz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung unverzüglich durch den Oberbürgermeister einberufen werden. Rot-Grün-Rot will so erreichen, dass die monatelange Hängepartie für die betroffenen Träger in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe und Kultur ein Ende hat.

Am 28. Januar 2019 hat der Ältestenrat, der aus den Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister besteht, dazu beraten. Die beantragte Sondersitzung des Stadtrates wird am Freitag, dem 08. Februar 2019, um 16 Uhr im Rathaus stattfinden.

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach erklärt: „Die Hängepartie muss endlich ein Ende haben. Die betroffenen Träger und Vereine brauchen Klarheit. Hier geht es um eine Richtungsentscheidung. Wir wollen das nötige Geld bereitstellen, damit die gute Arbeit der verschiedenen Einrichtungen im sozialen und kulturellen Bereich fortgesetzt werden kann. Lehnen CDU, AfD und Co. den von uns gestellten Antrag ab, führt das zu erheblichen Einschnitten in die soziale und kulturelle Infrastruktur unserer Stadt. Es droht ein Flurschaden mit erheblichen negativen Folgen.“

Umbau des Altmarktes

Im März 2020 soll der komplette Umbau des Altmarktes erneut beginnen, für den die Kosten immerhin bei 7,3 Millionen Euro liegen. Erst vor zehn Jahren wurde der Altmarkt saniert.

Der Oberbürgermeister drängt auf diese Sanierung, obwohl es lediglich um elektrische Leitungen geht, deren Anschlüsse nicht für die Striezelmarktbauten passen. Darüberhinaus sammelt sich auf der Tiefgarage unterm Altmarkt (in privatem Besitz) Regenwasser. Bauingenieur und LINKE-Stadtrat Tilo Wirtz hatte allerdings nachgewiesen, dass dies einem Baufehler (falscher Neigungswinkel) der Tiefgarage geschuldet ist und somit das Durchsickern des Wassers wohl nicht abgestellt werden könne. Nun wird voraussichtlich der Stadtrat in der Doppelsitzung am 14. und 15. Februar über die Sanierung des Altmarkts entscheiden.

Sinnlose Machtdemonstration verhindert Radwege auf der Albertstraße



Foto von der Protestdemo von Critical Mass am 29. Januar 2019: Der Mobilisierung waren viele Radfahrer*innen gefolgt.

Foto: Tilo Wirtz

von Tilo Wirtz

Ich weiß nicht mehr seit wann und wie oft über die schlechte Radverbindung zwischen Albertplatz und Rathenauplatz diskutiert worden ist. Falsch, diskutiert wurde ja gar nicht, es gab Informationen zum Stand der Umsetzung.

Und es herrschte Einigkeit. Einigkeit, dass ein Radweg her muss. Ein Radweg auf der Straße. Denn vom Albertplatz bleiben dem Radverkehr derzeit drei Möglichkeiten übrig, in die Altstadt zu kommen, die alle nicht komfortabel, schlüssig und sicher sind.

Direkt und bedrängt

Als erstes der direkte Weg über Albertstraße, Carolaplatz über die Straßenbrücke zum Rathenauplatz und nach der Synagoge auf den Radweg weiter Richtung Hauptbahnhof. Nachteil, der Radverkehr nimmt „gleichberechtigt“ am Straßenverkehr teil, wobei auf der Carolabrücke der Autoverkehr in der Regel davon ausgeht, auf einer Autobahn zu sein, auf der Radverkehr nicht zulässig ist.

Und so verhalten sich die Autos dann auch, indem sie Radfahrer anheulen oder gar bedrängen. Hinweis: Der Fußweg auf der Altstadtseite der Brücke ist kein angeordneter Radweg, der Radverkehr gehört hier auf die Straße.

Auf der Seitenstraße im Hindernisparkour

Zweite Möglichkeit ist es, neben die Albertstraße auf die Sarrasanstraße auszuweichen. Ist auf der Albertstraße der schnell fahrende Autoverkehr das Problem für den Radverkehr, ist es auf der Sarrasanstraße der ruhende. Denn ein- und ausparkende Autos, ein- und aussteigende Menschen, rangierende Fahrzeuge und so weiter machen auch hier eine Radpartie zum Abenteuer.

Nach der Sarrasanstraße geht es über eine Kante auf einen schma-

len Weg über eine Wiese rein in eine Haltestelle über eine Kreuzung...

Als Kampfradler durch die Fußgängerzone über Pflaster und Treppen (wenn man nicht aufpasst)

Die dritte der drei schlechten Möglichkeiten ist die Hauptstraße und dann über die Augustusbrücke. Hier wird der Konflikt zwischen Autos und Fahrrädern zu einem Konflikt zwischen Fußgängern und dem Radverkehr. War eben der Radfahrer auf der Straße noch ein langsam bewegliches Verkehrshindernis, mutiert er in der öffentlichen Wahrnehmung nun zum „Kampfradler“, der gefälligst absteigen soll in der Fußgängerzone, die allerdings für den Radverkehr freigegeben ist, mal von Holperpflaster und Treppen in der Fußgängerzone abgesehen.

Der Radweg sollte eigentlich schon umgesetzt sein

Seit langem informierte die Verwaltung also immer wieder darüber, dass eine Autospur für Radwege geopfert werden solle. Per Verkehrssimulation konnte nachgewiesen werden, dass zwei Spuren Richtung Stadt eigentlich nicht notwendig sind. Das ist auch nachvollziehbar, da die Albertstraße gerade in der Hauptverkehrszeit nur einspurig angefahren werden kann.

Denn der Rückstau von Abbiegern verhindert, dass zwei Geradeausspuren an der Kreuzung genutzt werden können, sowohl von der Carolabrücke in die Albertstraße, als auch am Albertplatz. Normalerweise sollte die Maßnahme auch schon in Umsetzung sein, scheiterte aber an mangelnden Angeboten von Baufirmen. Nun lief die zweite Ausschreibung, als es der neuen Rechtskoalition gefallen hat, dieser nie angefochtenen Verbesserung für den Radverkehr als einem „Schlüsselprojekt“ der linksgrünen „Verkehrswende“ öffentlichkeitswirksam den Garaus zu

machen. Denn mit dem „Zurückdrängen“ des Autoverkehrs müsse endlich Schluss sein. Gerechtigkeit bedeutet hier scheinbar, dass die einen zwei Spuren und die anderen gar keine haben.

Reine Symbolpolitik mit nachteiligen Folgen

Für die Rechtskoalition war der Antrag eine reine Machtdemonstration. Symbolpolitik, welche die mögliche zeitnahe Beseitigung eines Missstandes verhindert hat. Da die Angebote zur Umsetzung des Radweges bereits eingegangen waren, sind sogar Schadenersatzforderungen möglich, welche den Eigenanteil der Stadt an der Baumaßnahme übersteigen könnten, denn eingeworben war eine Förderung des Radweges über neunzig Prozent.

Erfolgreiche Mobilisierung der betroffenen Radfahrerinnen und Radfahrer

Die Betroffenen meldeten sich umgehend zu Wort und haben bereits am Dienstag nach dem verhängnisvollen Stadtrat mit einer Radfahrdemonstration ihren Anspruch auf die Straße und die Stadt wirksam unterstrichen. Normalerweise trifft sich Critical Mass immer am letzten Freitag im Monat zu einer gemeinsamen Radtour. Anlassgegeben wurde nun zu einer Sondertour aufgerufen. Vom Albertplatz Richtung Altstadt zog ein bunter Fahrradkors, dann über die Antonstraße durch die Neustadt und dann in zwei großen Gruppen von jeweils über hundert Fahrrädern in beide Richtungen der Albertstraße und der Carolabrücke mit beidseitigem Treffen am Carolaplatz. Klar, der Beschluss ist eine Niederlage für den umweltfreundlichen und stadtschonenden Radverkehr, der dem Autoverkehr nicht mal etwas bringt. Aber statt Resignation gab es Mobilisierung. Und gute Laune. Und das macht Hoffnung. Wir müssen weitermachen, dann kommt der Radweg doch noch.